

N2

Titel Netzneutralität im Grundgesetz verankern

AntragstellerInnen Brandenburg

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Netzneutralität im Grundgesetz verankern

1 Wir erkennen die Netzneutralität als Mittel zur Schaffung von Gleichheit im Internet an. Wir fordern die aus-
2 nahmslose Verankerung der Netzneutralität im Grundgesetz. Unter Netzneutralität verstehen wir den Zustand
3 der völligen Gleichbehandlung von Daten im Internet. Das bedeutet konkret, dass alle Dienste und Webseiten
4 für die Endbenutzer*innen in der gleichen Geschwindigkeit angeboten werden. Sollten Anbieter die Möglich-
5 keit haben, Dienste in unterschiedlichen Geschwindigkeiten anbieten zu dürfen, kann ein Monopol von wirt-
6 schaftlicher besser gestellten Unternehmen und Privatpersonen entstehen. Das betrifft sowohl die freie Mei-
7 nungsäußerung wie wirtschaftliche Vorteile. Die Bildung solcher Monopole lehnen wir entschieden ab.

8

9

10 **Begründung**

11 Netzpolitisch ist die SPD miserabel aufgestellt. Die vom BVerfG als verfassungswidrig eingestufte Vorratsda-
12 tenspeicherung wird von der SPD verteidigt oder wenigstens toleriert, das Internet unter Mitwirkung der SPD
13 durch das NetzDG oder das Leistungsschutzrecht zensiert.

14 Die SPD hat sich vom sozialliberalen Profil Willy Brandts verabschiedet und ist für Digital Natives oder Beschäf-
15 tigte im IT-Sektor kaum noch wählbar. Die FDP hingegen hat vom Niedergang der Piraten überproportional
16 profitiert. Wir fordern daher, die SPD auch für Digital Natives wählbar zu machen; der netzpolitische Kurs der
17 SPD muss nach links angepasst werden!